



| Baden-Württemberg

GESCHÄFTSBERICHT
2013/14



MEHR DEMOKRATIE

in Betrieb und Gesellschaft



65. Ordentliche
Bezirkskonferenz
4. Juni 2014
Filderhalle
Leinfelden-
Echterdingen



Inhalt

Zum Gedenken	4
Editorial	5
Tätigkeitsbericht	6 – 26
Beschäftigtenbefragung	6 – 9
Konsequenzen aus der Bundestagswahl	10 – 11
Personalien	11 – 12
Betriebsratswahlen	12
Tarifrunde Metall und Elektro	13 – 15
Weitere Tarifrunden und Ergebnisse	15 – 17
Industrie-, Struktur- und Branchenpolitik	17 – 18
Jugend – Strategie im Bezirk und Revolution Bildung	19 – 20
Frauen	20 – 21
Seniorinnen und Senioren	21
Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht sowie Rechtsschutz	21 – 22
Willi-Bleicher-Preis	22 – 23
Jubiläen	24 – 26
Die Organisation in Zahlen	27 – 42
Mitgliederentwicklung	27 – 40
Beiträge	41 – 42



Impressum

Herausgeber: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg
Stuttgarter Straße 23 · 70469 Stuttgart
Tel.: (0711) 16581-0 · Fax: (0711) 16581-30
www.bw.igm.de

V. i. S. d. P.: Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter

Redaktion: Petra Otte, Josef Bechtel

Gestaltung: INFO & IDEE GmbH, Ludwigsburg

Fotos: Graffiti, IG Metall, INFO & IDEE GmbH

Herstellung: KOMESO GmbH, Stuttgart

Auflage: 450 Stück · Mai 2014



WIR GEDENKEN der vielen Kolleginnen und Kollegen, die seit der letzten Bezirkskonferenz von uns gegangen sind. Stellvertretend nennen wir:

Verwaltungsstelle Bruchsal

Walgo Treffinger

Verwaltungsstelle Esslingen

Sieghard Bender,
1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle
Esslingen

Edith Muhr

Verwaltungsstelle Freiburg

Heinz Böser

Verwaltungsstelle Karlsruhe

Wolfgang Reiser

Verwaltungsstelle Heilbronn-Neckarsulm

Jürgen Weigel

Verwaltungsstelle Ludwigsburg

Franz Strutzenberger

Verwaltungsstelle Pforzheim

Rüdiger Münz

Verwaltungsstelle Reutlingen-Tübingen

Wulf Siepert

Verwaltungsstelle Stuttgart

Richard Rau,
ehemaliges ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Verwaltungsstelle Ulm

Wolfgang Neumeier

Ursula Lebschy

Richard Mohr

Bezirksleitung Baden-Württemberg

Karl-Heinz Pint

Hans Fleisch



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen zwölf Monaten ist viel passiert. Für den IG Metall Bezirk Baden-Württemberg möchte ich an dieser Stelle exemplarisch vier Ereignisse erwähnen:

Über ihre Beschäftigtenbefragung unter dem Motto „Arbeit – sicher und fair“ hat die IG Metall detailliert Einblick in den betrieblichen Alltag von mehr als einer halben Million Menschen gewonnen. Allein aus Baden-Württemberg haben sich fast 150 000 Männer und Frauen beteiligt – heute wissen wir ganz konkret, wie sich Leistungsdruck und Flexibilitätsanforderungen auf die verschiedenen Beschäftigtengruppen auswirken. Dank der Umfrage kennen wir die Wünsche unserer Beschäftigten an ihre Arbeit, ihre Zukunftssorgen und ihre Einstellung zu gesellschaftlichen Themen wie Rente und Leiharbeit. Nicht zuletzt haben uns die Beschäftigten gesagt, was sie von ihrem Betriebsrat und von der IG Metall selbst erwarten. Dieses Wissen von Mitgliedern und (Noch-) Nichtmitgliedern gilt es nun zu nutzen, um die Arbeitsbedingungen in unseren Branchen nachhaltig zu verbessern. Auf der betrieblichen ebenso wie auf der tariflichen und der gesellschaftlichen Ebene.

Wie groß der Einfluss der IG Metall auf die Arbeitswelt ist, hat nicht zuletzt die Bundestagswahl im September 2013 und die anschließende Bildung der Großen Koalition gezeigt – das zweite wichtige Ereignis. Der Koalitionsvertrag greift zahlreiche langjährige Forderungen der Gewerkschaften auf, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren seien hier beispielhaft erwähnt, auch wenn dies nur ein Übergangsmodell ist.

Das dritte Ereignis betrifft mich selbst, im Dezember habe ich die Aufgaben des Bezirksleiters von Jörg Hofmann übernommen, der als Zweiter Vorsitzender nach Frankfurt gewechselt ist. Meine ersten 100 Tage im neuen Amt waren von vielen Antrittsbesuchen geprägt: Bei den Verwaltungsstellen und einigen Betrieben, beim Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und seinem Stellvertreter Nils Schmid, bei weiteren Vertretern aus der Landespolitik, bei den Arbeitgebern und der Wissenschaft. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird sicherlich der Umsetzung der Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung gewidmet sein. In den Betrieben, aber auch in der Tarifpolitik, zum Beispiel in der Weiterentwicklung der Altersteilzeit. Zudem möchte ich das Thema Mitgliedergewinnung neu anpacken und darauf hinwirken, dass wichtige Gesetzesvorhaben wie die im Südwesten diskutierte Bildungszeit Realität werden. Mehr dazu auf unserer Bezirkskonferenz am 4. Juni 2014 unter dem Motto „Mehr Gerechtigkeit in Betrieb und Gesellschaft“.

Nicht nur ich bin gut gestartet, die IG Metall hatte bei den Betriebsratswahlen 2014 ebenfalls einen guten Beginn – für mich das vierte wichtige Ereignis. Es ist uns gelungen, an die Erfolge von 2010 anzuknüpfen. Mit wenigen Ausnahmen haben wir die Zahl unserer Mandate gehalten, in vielen Fällen sogar deutlich gesteigert. In den bedeutenden Unternehmen im Südwesten stellen wir nach wie vor die stärkste Fraktion, in der Fahrzeugindustrie ebenso wie im Maschinenbau. Und bei manchem Dienstleister, der Beschäftigte in Werkverträgen einsetzt, konnten wir sogar erstmals Fuß fassen. All dies geht einher mit einer seit Jahren anhaltenden positiven Mitgliederentwicklung.

Diesen Weg möchte ich künftig mit Euch gemeinsam fortsetzen. Auf den folgenden Seiten geht es nun aber erst Mal um die Erfolge der vergangenen zwölf Monate.

Euer

Roman Zitzelsberger
Bezirksleiter



Beschäftigtenbefragung

**ARBEIT:
SICHER UND FAIR!**

Eine Kampagne
der IG Metall

Ein Schwerpunkt der vergangenen Monate lag auf der Auswertung unserer Beschäftigtenbefragung.

Von den insgesamt 514 000 Antworten aus über 8 400 Betrieben stammen rund

148 000 von Beschäftigten aus dem Südwesten. Die Breite der Befragungsergebnisse und die dadurch mögliche Auswertungstiefe erlauben es, Handlungsempfehlungen bis zum einzelnen Betrieb auszusprechen.

Zur Präsentation und Analyse der Ergebnisse gab es seit Juni 2013 zahlreiche regionale Veranstaltungen und Workshops. Dabei haben sich im Kern fünf zentrale Problemfelder herauskristallisiert:

- **Arbeitszeit/Flexibilisierung**
- **Vereinbarkeit von Arbeit und Leben**
- **Weiterbildung und berufliche Entwicklung**
- **Alters- und altersgerechtes Arbeiten**
- **Flexible Übergänge in die Rente und Altersvorsorge**



Auf der **Betriebspolitischen Konferenz am 22. Oktober 2013 in Karlsruhe** debattierten rund 400 Bevollmächtigte, Vertrauensleute sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter/-innen die aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnisse. Der damalige Bezirksleiter Jörg Hofmann strich dabei insbesondere den Handlungsbedarf in den Bereichen berufliche Weiterbildung und demografischer Wandel heraus. Dazu gehöre auch das Thema Altersteilzeit und die Notwendigkeit, „flexible Übergangsmodelle passgenau zu gestalten“, betonte Hofmann.

Fast die Hälfte der Befragten teilt die Einschätzung, dass ihr Betrieb schlecht oder gar nicht auf älter werdende Belegschaften vorbereitet ist. Andere Studien bestätigten dies, erklärte Gastredner **Martin Kuhlmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut in Göttingen**. Er empfahl verschiedene Maßnahmen für altersgerechte Arbeit. Dabei spielten „erweiterte Handlungsspielräume in der Arbeit und mehr Mitsprache bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe und -bedingungen eine wichtige Rolle.“



Professor Hans-Jörg Bullinger von der Fraunhofer Gesellschaft hob auf die steigenden Anforderungen an die Flexibilität in den Betrieben ab: „Die Volatilität von globalen Angebots- und Nachfragemärkten führt zu hohen Flexibilitätsanforderungen an Unternehmen und ihre Belegschaften.“ Um diese Herausforderungen zu meistern und auch künftig „gute Arbeit“ leisten zu können, müsse „stets der Mensch im Mittelpunkt stehen“.



Wie groß die Herausforderung tatsächlich ist, zeigen die Befragungsergebnisse zum Thema Belastung am Arbeitsplatz: Über die Hälfte der Beschäftigten fühlt sich ge-

hetzt und unter Zeitdruck, fast 80 Prozent sagen, sie müssten immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit bewältigen, rund 40 Prozent glauben, sie würden den wachsenden Anforderungen nicht mehr gerecht.

Die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen

Auf der **Hauptamtlichen-Klausur am 16. und 17. Januar 2014 in Pforzheim** waren die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung ein zentrales Thema. Die rund 150 Teilnehmer/-innen haben die aufgezeigten Problemfelder diskutiert sowie die inhaltlichen wie politischen Ziele und Erfolgskriterien der fünf Schwerpunktthemen bestätigt. Nun geht es darum, strategische Maßnahmen zu entwickeln, die den betrieblichen Alltag verbessern. Ziel der IG Metall ist es, in den Betrieben wieder stärker als betriebspolitische Gestaltungskraft wahrgenommen zu werden. Arbeitstage sollen besser werden – „powered by“ IG Metall. Nur auf betrieblicher Ebene hat die IG Metall die Chance, die Beschäftigten aktiv einzubeziehen, um Machtressourcen und Mitglieder zu gewinnen, zu binden oder zurückzuholen.

Die Bezirksleitung hat deshalb die Idee entwickelt, dass jeder Ortsvorstand-Betrieb in Zusammenarbeit mit seiner Verwaltungsstelle und der Bezirksleitung 2014 ein Thema aus der Befragung bearbeitet. Damit soll eine betriebspolitische Initiative bis 2018 auch über die Ortsvorstand-Betriebe hinaus ausgerollt werden. Erfolgsbeispiele sollen im Laufe des Jahres 2014 (und darüber hinaus) öffentlich gemacht werden, ferner können Erkenntnisse daraus in qualitative Forderungen künftiger Tarifrunden münden. In Pforzheim haben die Teilnehmer/-innen eine Bestandsaufnahme zu den fünf Schwerpunktthemen erarbeitet.

Die wichtigsten Erkenntnisse

■ Arbeitszeit/Flexibilisierung

Die Flexibilitätsanforderungen in den Betrieben sind hoch. Dies wird im Grundsatz von den Beschäftigten akzeptiert, aber die Balan-

ce zwischen betrieblichen und persönlichen Interessen muss gewahrt bleiben. Je höher der Leistungsdruck, desto größer sind Konflikte um zusätzliche Flexibilitätsregelungen.

■ Vereinbarkeit von Arbeit und Leben

Vereinbarkeitsfragen sind in vielen mittelständischen und großen Industriebetrieben kein erkennbares Thema oder sprechen häufig nur die mittleren Führungsebenen an. Teils trauen sich Beschäftigte aber auch nicht, Vereinbarungsregeln anzunehmen. Nur wer im Büro präsent ist, wird als leistungsfähig angesehen, Arbeit von zu Hause wird oft nicht wahrgenommen.

■ Weiterbildung und berufliche Entwicklung

Qualifizierung und berufliche Entwicklung ist in den meisten Betrieben nur für Vorgesetzte ein Thema. Betriebsrat und IG Metall schaffen es kaum, Budgets und Verteilungsfragen von sich aus zu besetzen. Mitbestimmungsrechte werden nicht genutzt, vor allem Un- und Angelegente fallen oft aus den Programmen heraus. Die Bildungsplanung wird stets den Anforderungen der Produktion untergeordnet.

■ Alters- und altersgerechtes Arbeiten

Die Leistungsverdichtung in den Betrieben ist ungebrochen und wird durch Rationalisierungstrends verschärft. Mangels mitbestimmter Vorgaben haben Arbeitgeber freie Hand, an der Leistungsschraube zu drehen. Insgesamt leidet das Thema an einer fehlenden Personalplanung, ergonomische Verbesserungen beschränken sich häufig auf technische Hilfsmittel.





■ Flexible Übergänge in Rente und Altersvorsorge

Altersteilzeit hat sich bewährt, wird in vielen Betrieben genutzt und ist bei den Beschäftigten positiv besetzt. Trotzdem gibt es viele Betriebe ohne Altersteilzeit-Regelungen, die Quote wird häufig nicht ausgeschöpft, beim Tarifvertrag FlexÜ gibt es erkennbaren Verbesserungsbedarf in der Umsetzung. Die Anforderungen an eine betriebliche Altersvorsorge sind hoch, trotzdem verschenken viele ihre altersvorsorgewirksamen Leistungen.

■ Weitere Erkenntnisse aus der Beschäftigtenbefragung

■ Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen

Die IG Metall hat die Beschäftigten auch danach gefragt, welche Einstellungen sie zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Themen wie Alterssicherung, einem gesetzlichen Mindestlohn und prekärer Beschäftigung haben. Die Antworten bestätigen den bisherigen Kurs zur Begrenzung



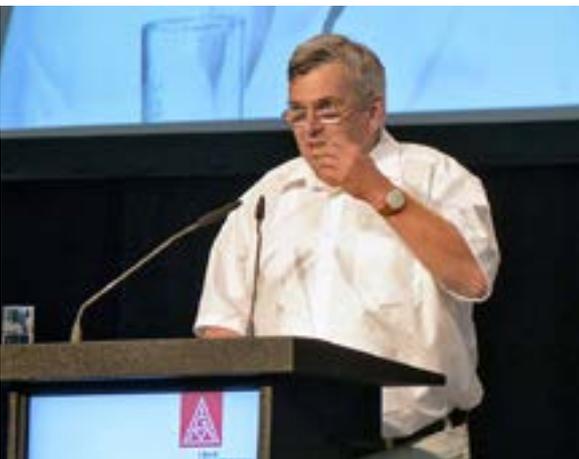
von Leiharbeit und der Eindämmung von Schein-Werkverträgen: In Baden-Württemberg haben sich mehr als 90 Prozent für eine Regulierung des Niedriglohnsektors ausgesprochen. 99 Prozent der Befragten ist ein unbefristeter Arbeitsvertrag am wichtigsten, ebenso viele halten ein ausreichendes und verlässliches Einkommen für wichtig oder sehr wichtig. Über ein Drittel machte sich zum Zeitpunkt der Befragung Anfang 2013 Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz.

Die IG Metall sieht sich durch die Ergebnisse in ihrem Engagement für sichere Jobs und faire Arbeitsbedingungen bestärkt und hat dies zum Thema der **Funktionärskonferenz am 16. Juli 2013 in Sindelfingen** gemacht. Rund 2400 Funktionäre forderten damals einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit, im Mittelpunkt standen Fragen nach der Zukunft der Rente und flexiblen Ausstiegsmodellen, einer Neuordnung des Arbeitsmarkts, einem handlungsfähigen Staat sowie mehr Verteilungsgerechtigkeit und einem sozialen Europa.

Vor diesem Hintergrund kritisierte der damalige Zweite und heutige **Erste Vorsitzende, Detlef Wetzel**: „So vieles, mit dem sich die Politik beschäftigt, geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Sie interessieren sich vor allem für einen sicheren und fair bezahlten Job, von dem sie sich und ihre Familien ernähren können – ohne ständigen Existenzdruck am Arbeitsplatz und die Angst vor Altersarmut.“ Eine Regierung, die die Bürger ernst nehmen, müsse sich deshalb mit den Themen Mindestlohn, der Bekämpfung prekärer Beschäftigung und flexiblen Übergängen bei der Rente beschäftigen.



Jörg Hofmann appellierte an Betriebsräte und Vertrauensleute, sich für eine hohe Beteiligung bei der Bundestagswahl im September 2013 einzusetzen: „Nur wer wählen geht, bestimmt darüber mit, wie er regiert wird. Wer der Urne fern bleibt und nicht wählt, wird allerdings trotzdem regiert.“ Zum Abschluss der Konferenz stellten die anwesenden Funktionäre eine Reihe konkreter Forderungen an eine neue Bundesregierung. Ihr Erfolg müsse sich daran bemessen, inwieweit „sich die Interessen der abhängig Beschäftigten im konkreten Regierungshandeln wiederfinden“, forderte Hofmann.



■ Erschließung industrienaher Dienstleistungsbetriebe

Mit dem Projekt knüpft die IG Metall an die Beschäftigtenbefragung an und versucht, Betriebe zu erschließen, in denen prekäre Beschäftigung weit verbreitet ist. Immer mehr Felder der Metall- und Elektrobranche werden als Folge rigider Sparpolitik fremdvergeben. Durch Outsour-

cing entstehen zunehmend tariflose Landschaften, Beschäftigte in Werkverträgen werden dort sukzessive ausgebeutet. Das Projekt soll dazu beitragen, ein weiteres Ausfransen des Tarifvertrags zu stoppen und die Arbeitsbedingungen betroffener Beschäftigter zu verbessern. Dazu gibt es die drei Phasen „Recherche/Kontaktaufnahme zu den Beschäftigten“, „Vorbereitung/Durchführung von Betriebsratswahlen“ und „Betreuung neu gewählter Betriebsräte“.

Das Projekt läuft über drei Jahre bis Ende Februar 2016, daran sind folgende Verwaltungsstellen beteiligt: Stuttgart, Esslingen, Villingen-Schwenningen, Heilbronn-Neckarsulm, Freiburg, Mannheim, Ulm, Gaggenau und Friedrichshafen-Oberschwaben. Im ersten Jahr wurden mehr als 200 neue IG Metall-Mitglieder gewonnen und mehrere neue Betriebsräte installiert.

Erstmals gibt es bei WISAG Produktionservice in Freiburg einen Betriebsrat, darunter vier IG Metall-Mitglieder. In einer zweiten Wahl in der gleichen Firma für die gesamte Region Südwest konnte die IG Metall die Zahl ihrer Sitze von einem auf vier erhöhen. Beim Dienstleister Voith Industrial Services in Sindelfingen hat die IG Metall 6 von 13 Sitzen geholt und stellt gemeinsam mit einer weiteren Liste die Mehrheit. Momentan werden dort Vertrauensleute-Strukturen aufgebaut. Ende Mai (nach Druck dieses Geschäftsberichts) steht zudem die Betriebsratswahl bei Voith in Stuttgart-Untertürkheim an. Dort tritt die IG Metall mit einer Liste mit 15 Kandidat/-innen an.

In den kommenden Monaten liegt der Schwerpunkt der Projektarbeit auf der Gewinnung weiterer Mitglieder und der Betreuung der neu gewählten Betriebsräte. Geplant sind unter anderem Vernetzungstreffen mit anderen Gremien sowie der Aufbau von Strukturen, in denen sich Aktive regelmäßig austauschen können.

eine Gleichstellung von Leiharbeiter/-innen hinsichtlich des Arbeitsentgelts mit den Stammarbeiter/-innen nach spätestens neun Monaten in die richtige Richtung. In das Gesetzgebungsverfahren wird sich die IG Metall aktiv einmischen und selbstverständlich den Tarifvertrag Leih-/Zeitarbeit entsprechend weiterentwickeln.

Beim Thema Werkverträge bleibt der Koalitionsvertrag weit hinter den Forderungen der IG Metall zurück. „Wir brauchen nicht nur ein paar Informationsrechte, sondern ein echtes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Frage, welche Tätigkeiten fremdvergeben werden, an wen und zu welchen Bedingungen“, erklärte dazu Zitzelsberger. Die IG Metall prangert seit Jahren die Ausbreitung und den Missbrauch von Werkverträgen an.

In der Metall- und Elektroindustrie arbeiten nach ihrer Erkenntnis bundesweit mehr als eine Million Menschen als Leiharbeiter oder mit Werkverträgen. Insgesamt beschäftigt die Branche rund 4,6 Millionen Menschen. In der Autoindustrie stehen rund 770 000 Stammbeschäftigten circa 100 000 Leiharbeiter und 250 000 Werkvertragsbeschäftigte gegenüber.

Personalien

Jörg Hofmann wurde am **25. November 2013** auf einem **außerordentlichen Gewerkschaftstag in Frankfurt** zum **Zweiten Vorsitzenden** der IG Metall gewählt. Am 3. Dezember hat die Bezirkskommission der IG Metall Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger, zu diesem Zeitpunkt seit zehn Jahren Erster Bevollmächtigter der Verwal-



tungsstelle Gaggenau, zu seinem Nachfolger als Bezirksleiter im Südwesten vorgeschlagen. Der Vorstand hat dem Wechsel am 9. Dezember zugestimmt, Zitzelsberger hat sein neues Amt unmittelbar angetreten.

Hofmann wurde am **30. Januar 2014 in Stuttgart** vor prominenten Gästen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft verabschiedet, dabei dankte ihm auch sein Nachfolger für die geleistete Arbeit: „Eine Gewerkschaft ist immer nur so stark wie die Summe und Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder. Und die bleiben nur bei der Stange, wenn wir gute und angemessene Bedingungen für sie aushandeln. Wie das geht, hat Jörg Hofmann in Baden-Württemberg vorgemacht“, betonte Zitzelsberger.



Zudem bot der Abend Gelegenheit für eine ganz besondere Begegnung: Mit **Gerhard Zambelli, Berthold Huber, Ernst Eisenmann, Walter Rieser** und Ehrengast **Jörg Hofmann** waren neben dem amtierenden fünf vorherige Bezirksleiter (v.re.) von Baden-Württemberg anwesend (Franz Steinkühler war leider verhindert). Gemeinsam stehen sie für 30 Jahre IG Metall Geschichte im Südwesten.



In der Bezirksleitung gab es darüber hinaus folgende Wechsel

- Im Sommer 2013 ist Kai Bliesener nach knapp 10-jähriger Tätigkeit als Pressesprecher ausgeschieden, seine Aufgaben in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat im Januar 2014 die Redakteurin Petra Otte übernommen.
- Gerhard Wick, vier Jahre lang Tarifsekretär in der Bezirksleitung, ist Ende 2013 als Erster Bevollmächtigter in die Verwaltungsstelle Esslingen gewechselt und hat dort das Amt des verstorbenen Sieghard Bender übernommen. Um Wicks Aufgaben in der Bezirksleitung kümmert sich seit Januar Nadine Boguslawski, die zuvor in der Verwaltungsstelle Mannheim tätig war.
- Johannes Katzan, zuletzt als Projektsekretär für die Betriebsbetreuung von Hewlett Packard zuständig, ist zum 1. April 2014 in das Ressort Angestellte/IT/Studierende nach Frankfurt gewechselt.
- Ebenfalls zum 1. April hat Andreas Flach seine Arbeit in der Bezirksleitung aufgenommen und kümmert sich seither um strategische Erschließungsarbeit. Flach hat zuvor in der Verwaltungsstelle Gaggenau gearbeitet.

Betriebsratswahlen



Zum Zeitpunkt des Drucks dieses Geschäftsberichts waren die Wahlen 2014 im Gros

der Betriebe abgeschlossen. Mit wenigen Ausnahmen konnte die IG Metall ihren Einfluss in Großbetrieben wie im Mittelstand weiter ausbauen und an die Erfolge von 2010 anknüpfen. „Mit den bisherigen Ergebnissen sind wir sehr zufrieden, die Belegschaften in unseren Branchen haben der IG Metall klar ihr Vertrauen ausgesprochen. Das werden wir nicht enttäuschen“, sagte Bezirksleiter Roman Zitzelsberger in einer Zwischenbilanz Anfang April.

Stimmenzuwächse gelangen in der Automobil- und Zuliefererindustrie, in der die IG Metall



traditionell stark vertreten ist, ebenso wie im Maschinenbau, der größten Industriebranche Baden-Württembergs. Zudem ist es gelungen, in IT- und Kommunikationsfirmen starke Fraktionen zu bilden, die bisher nicht zur Stammklientel der IG Metall zählen, und erstmals bei Industriedienstleistern Fuß zu fassen, die viele Werkvertragsbeschäftigte haben.

„Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen spiegeln das hohe Engagement unserer Betriebsräte für die Beschäftigten in baden-württembergischen Firmen wider. Darauf werden wir aufbauen, uns aber nicht ausruhen“, betonte Zitzelsberger. Künftig wird die IG Metall verstärkt auch Ingenieur/-innen, Angestellte sowie Beschäftigte in Werkverträgen ansprechen.

Seit 2010 haben viele Firmen ihre Belegschaften aufgestockt, entsprechend waren 2014 auch mehr Betriebsratssitze zu vergeben. Nachdem 2010 die Wahlbeteiligung tendenziell gestiegen ist, ging sie 2014 vielerorts wieder leicht zurück. Die Zahl der konkurrierenden Listen hat teils zugenommen, der Anteil erstmals gewählter Betriebsräte ebenfalls.

Tarifrunde Metall und Elektro

Das von den bayerischen Tarifpartnern am 15. Mai 2013 erzielte Ergebnis der Metall- und Elektro-Tarifrunde 2013 findet sich bereits im letztjährigen Geschäftsbericht. Danach sind die Entgelte der Beschäftigten nach zwei Monaten ohne Tarifierhöhung ab 1. Juli 2013 zunächst um 3,4 Prozent gestiegen. Zum 1. Mai 2014 folgte eine Erhöhung um weitere 2,2 Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 20 Monaten und endet im Dezember 2014. In Baden-Württemberg haben sich im Laufe der Tarifrunde insgesamt 220 000 Warnstreikende aus über 800 Betrieben für die ursprüngliche Forderung nach 5,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate engagiert.



Die **Große Tarifkommission** der IG Metall im Südwesten hat der Einigung auf ihrer Sitzung **am 3. Juni 2013 in Leinfelden-Echterdingen** zugestimmt, eine erste Beratung fand bereits Mitte Mai statt. Dabei lobte der damalige **Bezirksleiter Jörg Hofmann**, dass es mit dem Abschluss gelungen sei, den „verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen und den Beschäftigten ein echtes Reallohnplus zu sichern“. Wichtig sei zudem, dass die Forderungen der Arbeitgeber nach betrieblichen Öffnungsklauseln abgewehrt wurden.



Allerdings gab es innerhalb der Tarifkommission auch kritische Stimmen. Bemängelt wurde neben der Anlage der Tarifrunde und Punkten wie einer unzureichenden Koordination und Information vor allem die lange Laufzeit.

So sagte Uwe Hück, Betriebsratsvorsitzender von Porsche: „Es ist mir nicht bekannt, dass ein Jahr 20 Monate hat. Uns war nur ein Jahr Laufzeit sehr wichtig, da 2014 eine bessere wirtschaftliche Lage erwartet wird.“ Salvatore Valentino, Betriebsrat bei Amcor, kritisierte: „Die Beschäftigten haben gekämpft und etwas anderes bekommen, als sie wollten, nämlich eine lange Laufzeit und Nullmonate. Das ist nicht akzeptabel und die Leute sind enttäuscht.“ Auch Herbert Kasperek, Betriebsratsvorsitzender bei Liebherr in Biberach, berichtete von Enttäuschung unter den Beschäftigten. Er lobte aber den Vorschlag Hofmanns, aus der Analyse der Tarifrunde 2013 Schlüsse für künftige Tariffbewegungen zu ziehen: „Die Glaubwürdigkeit hat gelitten und deshalb ist es der richtige Weg, das alles miteinander aufzuarbeiten“, betonte Kasperek.

Dies ist in einer weiteren Sitzung der Großen Tarifkommission am 25. Juli, auf der Tarifpolitischen Konferenz im Herbst 2013, und abschließend auf der Tarifpolitischen Konferenz am 19. Februar 2014 in Pforzheim geschehen. Dabei wurden Verbesserungen für drei zentrale Problemfelder verabredet:

■ Anlage und Begründung von Tarifrunden

Die ökonomisch hergeleitete Begründung von Verteilungskorridoren ist zentral für die Entwicklung von Forderungen und zur Beurteilung des Erfolgs von Tarifierhöhungen. Jenseits dieser Zahlenwelt braucht es aber auch Argumentati-



onlinien, die sich aus der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben.



■ Kommunikation und Rückkopplung in Tarifrunden

Die Beteiligung und Debatten im Vorfeld – insbesondere mit Blick auf Forderungen, Ziele und Anlage von Tarifrunden – sind grundsätzlich richtig. Künftig müssen vor allem die Schlüssel-funktionäre vor Ort besser in die Lage versetzt werden, den roten Faden der IG Metall glaubhaft zu erklären. Dies setzt voraus, dass dieser rote Faden auch bundesweit erkennbar ist.

■ Arbeitskampfkonzepte und Streikfähigkeit

Die Weiterentwicklung der Warnstreikkonzepte bezüglich Dauer, Intensität und der Einbeziehung weiterer Beschäftigtengruppen ist essenziell für den Erfolg von Tarifrunden.



■ Gesprächsverpflichtung

Im Zuge der 2012 mit den Arbeitgebern vereinbarten Gesprächsverpflichtung gibt es Gespräche mit Gesamt- und Südwestmetall über die Themen Altersteilzeit (Anforderungen, Weiterentwicklung, technische Fragen), Arbeitszeit (Flexibilität, Zeitkonten), Qualifizierung sowie Wettbewerbsfähigkeit, Strukturwandel und Demografie. Diese werden bis zum 4. Juni 2014 abgeschlossen sein. Die IG Metall Baden-Württemberg bearbeitet schwerpunktmäßig das Thema Altersteilzeit. Ziel dieser Gespräche ist neben einer Bestandsaufnahme die Herausarbeitung gegebenenfalls gemeinsamer Sichtweisen zu den genannten Themenfeldern.

■ Kommende Tarifrunde Metall und Elektro

Die heiße Phase der kommenden Runde beginnt im September 2014 mit der Forderungsdebatte, die Friedenspflicht endet in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 2015. Am **19. Februar 2014** hat sich die IG Metall auf ihrer **Tarifpolitischen Konferenz in Pforzheim** erstmals mit potenziellen qualitativen Forderungen auseinandergesetzt. Dazu kamen rund 400 haupt- und ehrenamtliche Mitglieder der Tarifkommissionen aller Branchen sowie Funktionäre/-innen zusammen.

Neben Fragen der Arbeitszeit- und Leistungs-politik und der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben drehte sich die Debatte insbesondere um Qualifizierungschancen und flexible Formen des Übergangs in die Rente. Vor allem Verbesserungen bei flexiblen Altersübergängen bewegen viele Beschäftigte und Betriebsräte.

In einer Umfrage unter 133 Metall- und Elektrobetrieben gaben 117 an, Altersteilzeit anzuwenden. 70 Prozent schöpfen die im Tarifvertrag festgeschriebene Vier-Prozent-Quote aus. Mehr als zwei Drittel haben zusätzlich Betriebsvereinbarungen zu Altersteilzeit geschlossen, in 18 Betrieben wurden Besserstellungen für untere Entgeltgruppen vereinbart. Nur in fünf Prozent der Firmen gibt es Verabredungen zwischen Geschäftsführung und

Betriebsrat über die Verwendung der Mittel, falls die Quote nicht ausgeschöpft wird. In Pforzheim haben die Teilnehmer/-innen Verbesserungswünsche erarbeitet. Eines der Themen ist, inwieweit Mittel, die nicht zur Erfüllung der Quote genutzt werden, zum Beispiel für die Weiterbildung jüngerer Beschäftigtengruppen eingesetzt werden könnten.

Angesichts der verschiedenen Problemfelder, die die IG Metall kurz-, mittel-, und langfristig bearbeiten will, bietet sich das Thema flexible Altersübergänge aus heutiger Sicht am ehesten als qualitatives Thema für die Tarifrunde 2015 an. Dafür spricht einerseits, dass der im Südwesten ausgehandelte, seit 2010 geltende Tarifvertrag zur Altersteilzeit 2016 ausläuft. Aufgrund der vom Gesetzgeber geplanten Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren ergibt sich zusätzlicher Zwang zur Neuregelung. Dieser ließe sich im Hinblick auf eine qualitative Forderung zum Beispiel mit dem Thema der Freistellung nach dem gleichen Prinzip „Arbeitsphase-Freistellungsphase“ mit Aufstockungsbeträgen etwa für Meister, Techniker, etc. verbinden.

Für Prognosen zur Höhe der Lohnforderung ist es aus heutiger Sicht zu früh. Die konjunkturellen Vorzeichen in den ersten drei Monaten 2014 stimmen allerdings optimistisch. Entwickeln sich Auftragseingänge und Umsätze in der Branche weiterhin positiv, „sehe ich im Herbst keinen Grund für Zurückhaltung bei der Lohnforderung“, sagte **Bezirksleiter Roman Zitzelsberger in Pforzheim**. Den Abschluss von 2013 bewertet er ebenfalls positiv: „Damit hat sich unsere kontinuierliche Lohnpolitik einmal mehr bewährt und den Beschäftigten bleibt unter dem Strich deutlich mehr Geld in der Tasche.“ Auf das Gesamtjahr 2014 bezogen legen die Tarif-



gehälter mehr als doppelt so stark zu wie die im Frühjahr mit plus 1,5 Prozent prognostizierte Teuerung. Zitzelsberger: „Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir auch in der Tarifrunde 2015 fortsetzen. Unabhängig davon, welches Thema die IG Metall neben dem Entgelt bearbeiten wird, wir werden in jedem Fall handlungs- und – falls erforderlich – auch konfliktfähig sein.“

Weitere Tarifrunden und Ergebnisse

Kfz-Handwerk

Die Beschäftigten im baden-württembergischen Kfz-Handwerk haben zum 1. August 2013 eine Gehaltserhöhung von 2,8 Prozent erhalten, zum 1. Oktober 2014 steigen die Entgelte nochmal um den gleichen Prozentsatz. Darauf haben sich die IG Metall und die Arbeitgeber am 27. Mai 2013 in der 2. Verhandlungsrunde in Stuttgart geeinigt. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 23 Monaten und endet am 30. April 2015. Von den Arbeitgebern geplante Verschlechterungen bei Mehrarbeitszuschlägen und Samstagsarbeit konnten abgewehrt werden. **IG Metall-Verhandlungsführerin Sabine Zach:** „Das ist ein Tarifabschluss, mit dem wir unser Hauptziel erreicht haben: Mehr Kaufkraft schaffen, damit mehr Nachfrage entsteht und somit Arbeitsplätze gesichert werden.“





Elektrohandwerk

Beschäftigte im Elektrohandwerk Baden-Württemberg verdienen seit Sommer 2013 mehr. Zum 1. Juli 2013 sind die Gehälter rückwirkend um 3,1 Prozent gestiegen, zum 1. Mai 2014 um weitere 2,6 Prozent. Die Vergütung der Auszubildenden erhöhte sich zu beiden Stichtagen jeweils um bis zu 50 Euro. Darauf haben sich die Tarifpartner am 11. Juli 2013 in Sindelfingen verständigt. Zach: „Die Beschäftigten werden fair beteiligt und die Unternehmen bekommen im Gegenzug Planungssicherheit.“ Die Branche ist nahezu flächendeckend tarifgebunden. Nicht tarifgebundene Elektrohandwerk-Betriebe müssen ihren Beschäftigten seit 1. Januar 2014 eine Mindestvergütung von 10 Euro die Stunde bezahlen.

Edelmetall



Zum 1. Oktober 2013 wurden die Entgelte um 3,4 Prozent erhöht, ab August 2014 steigen die Gehälter um weitere 2,2 Prozent. Der Tarifvertrag läuft 20 Monate und beinhaltet zwei Monate ohne Tarifierhöhung. **Walter Beraus, Verhandlungsführer der IG**

Metall, hätte sich angesichts der konjunkturellen Entwicklung lieber einen kürzeren Abschluss gewünscht. Insgesamt sei die Tarifeinigung vom 24. Juni 2013 aber „akzeptabel, da nicht nur ein Inflationsausgleich, sondern auch ein Mehr an Kaufkraft erreicht werden konnte“. Des Weiteren haben die Tarifvertragsparteien eine Gesprächsverpflichtung zu den Themen Alterssicherung, Zuschlag Nachtarbeit und Leistungszulagen unterschrieben.

Metallbau und Feinwerktechnik

Zum 1. Januar 2014 sind die Entgelte der baden-württembergischen Beschäftigten im Bereich Metallbau und Feinwerktechnik um 2,5 Prozent gestiegen. Für Dezember 2013 haben die Tarifvertragsparteien am 11. Dezember in Stuttgart eine Einmalzahlung von 50 Euro vereinbart. Auszubildende verdienen seit Januar fünf Prozent mehr, zudem wurde im Grundsatz die unbefristete Übernahme vereinbart. Der Tarifvertrag läuft insgesamt zwölf Monate und endet im Oktober 2014. Gewerblich Beschäftigte werden nach einer Übergangszeit im Zuge eines Lohnrahmentarifvertrags neu eingruppiert.

Holz und Kunststoff



Die IG Metall fordert in der laufenden Runde für zwölf Monate 4,5 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie Baden-Württembergs. Auszubildende sollen mit einer Entgelterhöhung von 60 Euro monatlich überproportional profitieren. Das hat die Tarifkommission am 26. März 2014 beschlossen und zudem das Schlichtungsabkommen gekündigt.

Die Tarifgehälter in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie sind zuletzt im März 2013 um drei Prozent gestiegen, der aktuelle Tarifvertrag endete zum 30. April 2014. Am 9. April wurde erstmals in Schwieberdingen verhandelt, dabei haben die Arbeitgeber allerdings noch kein Angebot vorgelegt. Ein weiteres Treffen fand am 6. Mai (nach Drucktermin dieses Geschäftsberichts) statt. Die Verhandlungen zum Gehaltsrahmentarifvertrag sind für die Dauer der Entgeltrunde unterbrochen und werden erst im Juni 2014 weitergeführt.

Textil und Bekleidung

Über mehr Geld wird erst wieder ab Oktober 2014 verhandelt. Es wird an einem einheitlichem Manteltarifvertrag Textil und Bekleidung, Gewerbliche und Angestellte gearbeitet. Mit Südwesttextil wurde ein Tarifvertrag Einstieg Textil abgeschlossen. **IG Metall-Verhandlungsführer Martin Sambeth:**



„Mit diesem Tarifvertrag haben wir jetzt

auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie ein sozialpartnerschaftliches Modell geschaffen, um Jugendlichen eine Chance zu geben, die heute in den Betrieben keine bekommen würden.“ In einem zentralen Sondierungsgespräch der Verhandlungsspitzen von IG Metall und dem Gesamtverband Textil und Mode am 12. Februar 2014 haben sich beide Seiten für den Erhalt des bisherigen Verhandlungssystems auf zentraler Ebene ausgesprochen. Bis zum Sommer benennt jede Seite zwei qualitative Themen für die nächste Entgeltrunde.

Die IG Metall hat Altersteilzeit und die Übernahme der Ausgebildeten eingebracht.



Industrie-, Struktur- und Branchenpolitik

Die IG Metall Baden-Württemberg setzt sich intensiv mit Fragen auseinander, die Strukturen, Veränderungen und Herausforderungen in ihren Branchen betreffen. Sie tut das, um Entwicklungen frühzeitig erkennen und positiv für die Beschäftigten gestalten zu können. Zentrale Schwerpunkte liegen in der Automobilindustrie in den Zukunftsfeldern Elektromobilität und Brennstoffzelle. Im Maschinenbau stehen die Auswirkungen der 4. Industriellen Revolution (Industrie 4.0) und die Entwicklung von Produktionsarbeit im Fokus. Ein dritter Schwerpunkt liegt in dem Themenbereich Facharbeit. Um hier industrie- und branchenpolitischen Einfluss entfalten zu können, sind Vertreter der Bezirksleitung in zahlreichen Gremien der Wirtschaft, der Landespolitik und der Wissenschaft aktiv. Dazu zählen unter anderem:

- Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung
- Beirat der Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie (e-mobil BW)
- Steuerkreis des Schaufensters Elektromobilität
- Cluster Brennstoffzelle BW
- Beirat der Umwelttechnik BW
- Kuratorium der Steinbeis Stiftung für Wirtschaftsförderung
- Vorstand Forum Region Stuttgart e. V.
- Beirat Regionaldirektion BW der Bundesagentur für Arbeit
- Landesausschuss für Berufsbildung
- Innovationsnetzwerk Produktionsarbeit 4.0
- Manufuture BW e. V.
- Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses



Automobilkonferenz Juli 2013



Am 8. und 9. Juli 2013 haben die IG Metall Bezirke Bayern und Baden-Württemberg in Augsburg erstmals eine gemeinsame Automobilkonferenz für Betriebsräte der Automobil- und Zulieferindustrie veranstaltet. Im Mittelpunkt standen Perspektiven und Herausforderungen der Branche, die in beiden Bundesländern mit

mehr als einer halben Million Beschäftigten eine Schlüsselindustrie darstellt.

Die über 250 Teilnehmer/-innen der Konferenz haben in einer Erklärung von der Politik einen neuen Marshallplan für die Menschen und für die Wirtschaft in Europa gefordert. Zentrale Forderungen waren die beschäftigungswirksame Industrialisierung von Innovationen im Land, die Etablierung Deutschlands als Leit- und Referenzmarkt für alternative Mobilität, die Weiterentwicklung von Standorten und die Sicherung von Beschäftigung. Der neue Marshallplan zielt darauf, die Spitzenstellung Europas bei der Mobilität der Zukunft und bisherige industrielle Kernstrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln.



Schauwerkstatt Elektromobilität



Zukunftsweisende Mobilitätskonzepte bleiben nicht ohne Folgen für die

Arbeitswelt. Zentrale Aufgabe der IG Metall ist es, die Beschäftigten entlang der automobilen Wertschöpfungskette auf diese Veränderungen vorzubereiten und die Auswirkungen auf Qualifikation und Arbeitsplätze zu gestalten. Deshalb beteiligt sich die IG Metall Baden-Württemberg im Rahmen der bundesweiten Initiative Schaulinien Elektromobilität federführend am Projekt Schauwerkstatt Elektromobilität.



Seit der Eröffnung im Juni 2013 waren mehr als 300 Besucher/-innen in der Schauwerkstatt zu Gast. Vor Ort werden Kompetenzen rund um das Thema Elektromobilität weiterentwickelt, Beschäftigte sensibilisiert und qualifiziert. Im Fokus stehen Fragen der Arbeitssicherheit unter Spannung, Ladeinfrastruktur, Beschäftigungswirksamkeit und Qualifikationsanforderungen. Die Veranstaltungen finden in einer idealtypischen, herstellerunabhängigen Schulungs- und Musterwerkstatt statt. Dort stehen neben einem modellhaften Schulungsfahrzeug ein hochmoderner Diagnosetester mit Touchscreen zur Fehlersuche und Wartung, ein Batterieladegerät sowie ein Mega-Tester für Service und Reparatur an Elektro- und Hybridfahrzeugen zur Verfügung.

Die Schauwerkstatt kann noch bis Ende 2015 für Veranstaltungen genutzt werden.

Jugend – Strategie im Bezirk und Revolution Bildung

Die IG Metall in Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, mehr Mitglieder unter Auszubildenden und Dual-Studierenden zu gewinnen. Seit anderthalb Jahren läuft im Bezirk ein entsprechendes Projekt, das mit sieben Verwaltungsstellen entwickelt wurde.

Ziel ist es, bis Juli 2014 die Hälfte der Jugendlichen, die 2013 eine Ausbildung begonnen haben, als Mitglieder gewonnen zu haben. Aus dem Auszubildenden-Jahrgang 2014/2015 (ab September) sollen bis Dezember 2014 weitere 40 Prozent neu organisiert werden.

Seit April 2014 nehmen weitere zehn Verwaltungsstellen an dem Projekt teil, 2015 sollen die restlichen zehn eingebunden werden. Lea Marquardt, Jugendsekretärin in der Bezirksleitung Baden-Württemberg, hat deshalb in den vergangenen Monaten verschiedene Verwaltungsstellen besucht und das Projekt vorgestellt. Mit den Bevollmächtigten wurde verabredet, dass die Werbung von Jugendlichen von allen Verwaltungsstellen als zentrales gemeinsames Thema vorangetrieben wird.

Allerdings muss die IG Metall dabei noch besser werden: Bis Februar wurden knapp 37 Prozent der Auszubildenden (Jg. 2013/14) im Bezirk als Mitglieder gewonnen, bis Ende März lag die Zahl mit 39 Prozent nur knapp darüber. Vier Verwaltungsstellen haben bereits über 50 Prozent der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr organisiert, in den meisten Verwaltungsstellen sind es 30 bis 40 Prozent.

Revolution Bildung



Mit der Kampagne Revolution Bildung tritt die IG Metall seit Frühjahr 2013 für ein funktionierendes, gerechtes und qualitativ hochwertiges Bildungssystem ein. Die Kampagne macht Missstände zum Beispiel an Berufsschulen publik und setzt sich in Politik und Wirtschaft aktiv für Verbesserungen ein. Die IG Metall-Jugend Baden-Württemberg hat dieses Frühjahr zu einer Bildungsumfrage aufgerufen – und 7 250 Antworten von Mitgliedern und Nichtmitgliedern bekommen. Die Kernaussagen: Auszubildende und Dual-Studierende in Baden-Württemberg wünschen sich von ihrem Arbeitgeber vor allem finanzielle Unterstützung und Freistellung für Weiterbildung, insbesondere nach der Ausbildung beziehungsweise nach dem Studium.

„Die Leute haben große Lust, sich weiterzubilden. Leider ist das für viele aber auch eine Geld- und Zeitfrage“, sagte **Jugendsekretärin Lea Marquardt**. Sie hat die Umfrage maßgeblich mit initiiert und die Ergebnisse am **17. März 2014 in Pforzheim auf einer Konferenz** vor 300 IG Metall-Jugend- und Ausbildungsvertreter/-innen vorgestellt. Sieben Wochen lang haben Auszubildende und Dual-Studierende gut ein Dutzend Aspekte rund um Bildung bewertet und dabei Einschätzungen von „Ist mir sehr wichtig“ bis „Ist mir gar nicht wichtig“ abgegeben. Für Auszubildende wie Studierende hat dabei die höchste Prio-





rität, dass Berufsschulen und Duale Hochschulen bei der Ausstattung und der Lehrqualität auf dem aktuellen Stand sind. Dabei sehen sie die Landesregierung gefordert.

Auf die Frage, worum sich die IG Metall am dringendsten kümmern soll, nannten die Auszubildenden am häufigsten die finanzielle Unterstützung durch den Arbeitgeber bei Weiterbildungen sowie Freistellung nach der Ausbildung. Die Dual-Studierenden wünschen sich ebenfalls Geld für Qualifizierungen, noch wichtiger ist ihnen die unbefristete Übernahme nach dem Studium sowie ein Rückkehrrecht nach einem Master- oder Zweitstudium.

Auf einer **bundesweiten Tagung Ende März** hat die IG Metall-Jugend in **Filderstadt** das Stimmungsbild aus allen Bezirken zu den Themen Bildung und Weiterbildung diskutiert. Derzeit



werden daraus konkrete Forderungen und Ziele entwickelt, die eine gesellschaftliche Debatte über Bildung anstoßen und gegebenenfalls auch in künftige Tarifforderungen münden sollen.

Zudem ist geplant, die Kampagne stärker in den Betrieben auszurollen. Am 5. Juni 2014 treffen sich junge IG Metall zu einem baden-württembergischen Aktionstag in vier Regionen. Die Aktionsorte sind Mannheim, Aalen, Friedrichshafen und Esslingen. Zum bundesweiten Jugendaktionstag in Köln am 27. September 2014 werden auch Tausende Metalller/-innen aus Baden-Württemberg erwartet.

Frauen

Für die IG Metall-Frauen in Baden-Württemberg gab es in den letzten zwölf Monaten drei Schwerpunktthemen. Im Vordergrund steht nach wie vor die Mitgliedergewinnung – also Frauen zu aktivieren, sich als Mitglied, als Vertrauensfrau oder als Betriebsrätin aktiv für ihre Interessen einzusetzen. Der Strukturwandel im Bürobereich trifft am stärksten Arbeitsplätze, die in der Regel Frauen bekleiden.



Viele betriebliche Akteur/-innen haben das Potenzial von Frauen noch nicht als Lösung für ihre demografischen Probleme erkannt. Weiterbildung von Frauen mit mittleren Qualifikationen ist nach wie vor teils abhängig vom Wohlwollen männlicher Vorgesetzter, der Blick auf einzelne Frauen greift in Qualifizierungsgesprächen oft zu kurz. Lernen an sich und die Bewältigung ständiger Veränderungen werden kaum als Themen aufgegriffen. Dem steht die Praxis jeder öffentlichen Diskussion um das Potenzial von Frauen bei der Deckung des Fachkräftebedarfs entgegen. **Monika Lersmacher, für Frauenarbeit zuständige Sekretärin der IG Metall Baden-Württemberg:** „Die strukturelle Benachteiligung von Frauen ist mit der größte Hemmschuh für den deutschen Arbeitsmarkt.“

Ein zweites Thema ist die Entgeltgerechtigkeit und die Analyse, warum Frauen deutlich geringere Einkommen haben als Männer. Auch heute noch zeigen die Statistiken beim Equal-Pay-Day: Je nach Bundesland verdienen Frauen zwischen 23 und 28 Prozent weniger. Allerdings stimmt auch: In der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg haben Frauen in den ersten vier Berufsjahren nach der Ausbildung knapp vier Prozent mehr Geld als ihre männlichen Kollegen. Was sich danach ändert – das beobachtet die IG Metall in ihrer Initiative „Auf geht’s! Faires Entgelt für Frauen“.

Obwohl die Tarifentgelte keine Geschlechterunterschiede kennen, entstehen solche ungleichen Entwicklungen. Wichtige Fragen lauten etwa: Planen Männer ihren Aufstieg in die nächsthöhere Entgeltgruppe besser? Werden Frauen gezielt gehindert oder arbeiten sie nur zu wenig darauf hin? Wo Gewerkschaften aktiv sind, sind Entgelte auch mit Blick auf die Geschlechter gerechter gestaltet. Deshalb muss die Bedeutung von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung noch stärker in den Belegschaften verankert werden.

Drittens: Das gilt auch für Regeln zur Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Damit auch Frauen mit Kindern Aufstiegschancen haben, benötigen sie einen Rechtsanspruch auf Teilzeit und die Rückkehr zur Vollzeit, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sowie Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. Weil es an Betreuungsmöglichkeiten mangelt, „vergeuden wir ein enormes Potenzial an Talent, Leistung und Kreativität“, so Lersmacher. Sie fordert: „Die Diskriminierung in der Arbeitswelt und Arbeitsbewertung muss endlich ein Ende haben.“

Seniorinnen und Senioren

Die Einbindung der Senior/-innen in die gewerkschaftliche Arbeit im Bezirk hat einen hohen Stellenwert. Einerseits lebt und profitiert die IG Metall vom Wissen und den Erfahrungen der Älteren. Zum anderen setzt sie sich auch konkret für die Belange von Rentner/-innen ein. Inhaltlich zum Beispiel in der Gestaltung und Verbesserung der Renten, der Gesundheits- und Pflegeversorgung, aber auch in Fragen altersgerechten Wohnens und der Infrastruktur. Bundesweit sind ca. 500 000 IG Metall-Mitglieder in Rente. In Baden-Württemberg liegt der Anteil an den Gesamtmitgliedern bei rund 81 000. Auf regionaler Ebene der Verwaltungsstellen sind die Senior/-innen unter anderem an der Mitgliederhaltearbeit beteiligt. Auf zwei Veranstaltungen auf Bezirksebene am 1. Oktober 2013 und am 13. März 2014 wurden sozialpolitische Themen wie die Entwicklung der Rentenpolitik und der Pflegeversicherung, aber auch Mitgliederthemen bearbeitet.

Die bundespolitische Einbindung des bezirklichen Seniorenarbeitskreises ist durch die Mitarbeit mehrerer Vertreter aus Baden-Württemberg in die politische Diskussion des AGA-Arbeitskreises (Außerbetriebliche Gewerkschafts-Arbeit) beim Vorstand der IG Metall gewährleistet.

Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht sowie Rechtsschutz

Hauptaufgabe im Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht ist die Rechtsberatung und Unterstützung der Bezirksleitung und der Verwaltungsstellen, speziell bei juristischen Fragen der Mitglieder- und Betriebsbetreuung. Die Auslegung einschlägiger Tarifverträge, gesetzlicher Regelungen und die Aufarbeitung aktueller Rechtsprechung sind Schwerpunkte der Arbeit. Ebenso wird juristische Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Tarifverhandlungen in den verschiedenen Tarifgebieten geleistet. Die politischen Interessen, aber auch die Einflussmöglichkeiten der IG Metall, werden besonders beachtet. Rechtsfragen um den Komplex des



Personaleinsatzes durch Drittfirmen (Leiharbeit und Werkverträge) sind fester Bestandteil der täglichen Arbeit geworden.

Der Kontakt mit den ministerialen Entscheidungsträgern im Land sowie der jeweiligen Führung der Landesarbeits- und Landessozialgerichte wurde durch gemeinsame Sitzungen und Arbeitstreffen aufrechterhalten. Der Kontakt der IG Metall zu den regionalen Akteuren auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wird durch den seit nunmehr 30 Jahren etablierten Arbeitskreis Arbeitsrecht (sechs mal jährlich) sichergestellt. Interessierte Kolleg/-innen, Rechtsanwält/-innen und sowie Rechtssekretär/-innen des DGB tauschen sich dort zu aktuellen Themen aus.

Die Interessenvertretung der Mitglieder und der Betriebsräte vor den Arbeits- und Sozialgerichten ist ebenfalls von hoher Bedeutung. Der gewerkschaftliche Rechtsschutz durch eigene Vertretung und die der DGB Rechtsschutz GmbH stellt nach wie vor eine wichtige Leistung für die Mitglieder dar. Im Herbst 2013 gab es einen Erfahrungsaustausch mit den Rechtssekretär/-innen der DGB Rechtsschutz GmbH und den Sekretär/-innen sowie Verwaltungsangestellten der IG Metall, die für Rechtsschutz zuständig sind. Hauptthema war die Verbesserung der gemeinsamen Arbeit durch konkrete Abstimmung von Vorgehensweisen.

Willi-Bleicher-Preis



Am **18. Juli 2013** hat die IG Metall Baden-Württemberg in **Stuttgart** zum zweiten Mal den Willi-Bleicher-Journalismuspreis für herausragende Beiträge über die Arbeitswelt im Südwesten vergeben.

Ausgezeichnet wurden:

- **Jürgen Rose und Claus Hanischdörfer**, beide SWR, für den ARD-Film „*Hungerlohn am Fließband – wie Tarife ausgehebelt werden*“
- **Heike Scherbel**, SWR Fernsehen, für „*Flughafenbeschäftigte*“
- **Christine Keck**, Stuttgarter Zeitung, für „*Mit 57 zum Glück gezwungen*“
- **Hermann G. Abmayr**, freier Journalist, für „*Emmas Enkel bei Tante Verdi*“, erschienen in der Wochenzeitung „Kontext“

Ausgewählt wurden die Preisträger von einer dreiköpfigen Jury aus Professor Frank Bretschneider vom Institut für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim, Peter Heilbrunner, Abteilungsleiter Redaktion Wirtschaft und Umwelt beim SWR Hörfunk und dem



v.l.n.r.: Uschi Götz, Hermann G. Abmayr, Jürgen Rose, Claus Hanischdörfer, Dieter Fuchs (in Vertretung von Christine Keck), Heike Scherbel, Jörg Hofmann, Wolfgang Schorlau, Peter Heilbrunner

Schriftsteller Wolfgang Schorlau. Der Preis ist mit jeweils 1 500 Euro dotiert.

Der Willi-Bleicher-Preis zeichnet qualitativ hochwertige Berichte aus der baden-württembergischen Arbeitswelt aus. Im Mittelpunkt stehen das tägliche Leben und Erleben in den Fabriken und Büros des Landes, die Dokumentation des Wandels der Arbeit sowie die Gefahren veränderter Rahmenbedingungen – alles, was die tägliche Arbeit greifbar und erlebbar macht. Die Auszeichnung für dieses Jahr verleiht Bezirksleiter Roman Zitzelsberger: „Mit dem Willi-Bleicher-Preis wollen wir sichtbar machen, wie die Beschäftigten diese Herausforderungen meistern, welche Sorgen und Ängste sie haben oder welche Missstände ihnen womöglich bei der täglichen Arbeit begegnen.“

Der Preis ist nach dem 1981 verstorbenen ehemaligen IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher benannt, dessen Gesinnung bis heute die Arbeit der IG Metall prägt. Neben Frank Brettschneider und Wolfgang Schorlau wird sich in der aktuellen Bewerbungsrunde Barbara Roth, Redakteurin Hintergrund-Innenpolitik beim Deutschlandfunk, als Jurorin mit den Einreichungen beschäftigen. Verliehen wird der Preis am Abend des 22. Oktober 2014 in Stuttgart.



Treffen mit Stefan Jerzy Zweig, dem „Kind von Buchenwald“

Im Januar 2014 erinnerte die IG Metall aus einem weiteren Anlass an ihren früheren Bezirksleiter – nämlich anlässlich des 50-jährigen Wiedersehens zwischen Bleicher und seinem früheren Schützling aus dem KZ Buchenwald, **Stefan Jerzy Zweig**.



Während seiner Haft hatte sich Bleicher um den damals dreijährigen Zweig gekümmert und gemeinsam mit anderen Häftlingen die Abschiebung des „Kindes von Buchenwald“ nach Auschwitz verhindert. Am 27. Januar 1964 hatten sich Bleicher und Zweig 20 Jahre nach der Befreiung von Buchenwald erstmals in Stuttgart wiedergesehen. In Gedenken an diese Begegnung versammelten sich Familienangehörige und Freunde der Familien am **28. Januar 2014** in der früheren Wohnung Bleichers in Stuttgart-Luginsland.

IG Metall-Vertreter waren ebenfalls eingeladen, darunter auch **Bezirksleiter Roman Zitzelsberger**. Er dankte Zweig für sein Engagement, durch das er auch nach so vielen Jahren die Erinnerung an seinen Retter und späteren IG Metall-Arbeiterführer am Leben halte. „Der Name Willi Bleicher steht für soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Dafür hat er sogar sein eigenes Leben aufs Spiel gesetzt, als er Stefan Jerzy Zweig als Kind im KZ Buchenwald vor dem sicheren Tod gerettet hat“, sagte Zitzelsberger.

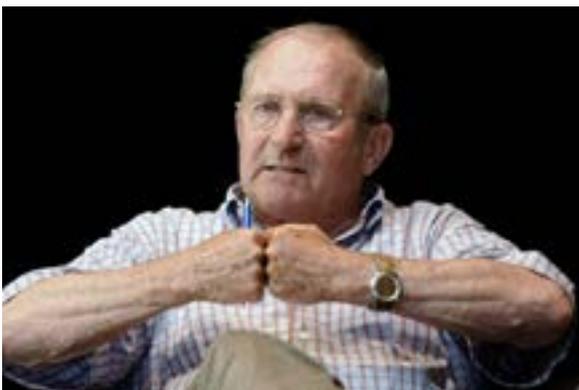


Jubiläen

30 Jahre 35-Stunden-Woche

Die Einführung der 35-Stunden-Woche hat Zehntausende Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie gesichert – der Weg dorthin war allerdings langwierig und steinig. Die Forderung der IG Metall nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden in der Tarifrunde 1984 verunglimpfte der damalige Kanzler Helmut Kohl als „töricht“ und „dumm“. Es folgten zähe Verhandlungen mit unbeweglichen Arbeitgebern, ein fast siebenwöchiger Arbeitskampf mit Aussperrung, der erst durch einen Schlichterspruch beendet werden konnte.

Ernst Eisenmann, der damalige Verhandlungsführer der IG Metall, erinnert sich an die Auseinandersetzung als „die härteste in der Geschichte der IG Metall“. Arbeitgeber sämtlicher Branchen seien der Forderung unnachgiebig gegenübergestanden, seine Verhandlungspartner in der Metallindustrie hätten im Zuge des Streits versucht, „die IG Metall in



ihre Schranken zu weisen“. Gelingen ist dies nicht: In einer ersten Urabstimmung stimmten 80 Prozent für einen Streik, am 14. Mai 1984 legten in Nordwürttemberg/Nordbaden zunächst 13 000 Metalller/-innen bei Autozulieferern die Arbeit nieder. Eisenmann: „Das hat die Arbeitgeber völlig überrascht, nach acht Tagen lagen alle Hersteller auf der Nase.“

Bis Ende Mai waren über 100 000 Metalller von Aussperrung betroffen, am 2. Juli war der Streik nach dem Schlichterspruch von Georg Leber, dem sogenannten Leber-Kompromiss, durch eine zweite Urabstimmung mit 54,52 Prozent zu Ende. 1985 wurde die Arbeitszeit zunächst auf 38,5 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich verkürzt, die 35-Stunden-Woche trat endgültig 1995 in Kraft. Die 35-Stunden-Woche hat in der Metall- und Elektroindustrie Hunderttausende Arbeitsplätze gesichert und gerade nach 1993 trotz mehrerer Krisen zu einem Beschäftigungsaufbau beigetragen. Für Eisenmann war der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung deshalb auch ein Akt der Solidarität: „Diejenigen, die beschäftigt waren, haben Solidarität mit denjenigen geübt, die keine Arbeit hatten.“



Aus heutiger Sicht war der Leber-Kompromiss zugleich der Einstieg in die Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. „Mit der Differenzierung konnte den unterschiedlichen Interessen der Beschäftigten Rechnung getragen werden und die Flexibilisierung sichert bis heute Arbeitsplätze. Vor allem die Arbeitszeitkonten haben das System wahrlich revolutioniert“, sagte der damalige **Daimler-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Erich Klemm** 2009 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Arbeitszeitverkürzung.



Nicht zuletzt haben Freischicht- oder Gleitzeitkonten den Betrieben geholfen, den massiven Auftragseinbruch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise abzufedern. Bereits 2009 forderte der damalige Bezirksleiter Jörg Hofmann deshalb eine Debatte über neue Arbeitszeitmodelle. Es gelte Formen von Arbeitszeitverkürzung zu finden, die auch die Differenziertheit der Ansprüche aufnehmen, sagte er. Bestätigt hat sich dies in der Beschäftigtenbefragung 2013: Rund die Hälfte der Befragten wünscht sich, vorübergehend die Arbeitszeit absenken zu können, um mehr Zeit für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu haben.

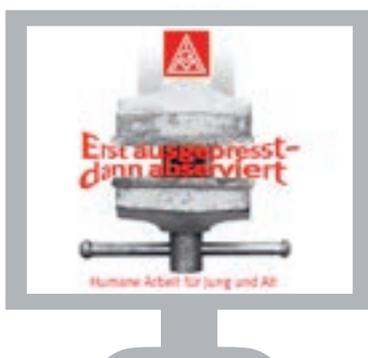
25 Jahre Tatort Betrieb



Vor 25 Jahren forderten Betriebsräte im IG Metall Bezirk Baden-Württemberg einen neuen Ansatz zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Damals belastete viele Beschäftigte eine Flut gefährlicher Arbeitsstoffe,

mit denen sie regelmäßig zu tun hatten. Etwa zeitgleich wurde 1986 bei einer Waiblinger Firma durch das organische Lösemittel Dichlormethan eine Bodenverseuchung festgestellt. Die IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg griff das Problem auf und die erste Aktion Tatort Betrieb wurde entworfen. 1989 startete diese neue Aktionsform unter dem Motto „Per und Tri – raus aus den Betrieben“.

Gezielt wurden bestimmte Einzelstoffe und nicht die ganze Palette der betrieblichen Gefahrstoffe thematisiert. Die anfänglichen Befürchtungen einer zu starken Begrenzung des Themas wurden in



der Folge mit weiteren Tatort-Aktionen ausgeräumt. Aktuell läuft der 10. Tatort Betrieb. Waren es früher vor allem klassische Themen des Arbeitsschutzes, beschäftigen sich heutige Aktionen auch mit neuen Belastungsformen im



Zuge veränderter Arbeitsbedingungen. Eine der erfolgreichsten Aktionen, neben der gegen gefährliche Arbeitsstoffe, war der Tatort Betrieb „Stress und psychische Belastungen – Terror für die Seele“.

Der 10. Tatort Betrieb „Höchste Zeit für Gesundheit“ befasst sich im Schwerpunkt mit Belastungen durch Arbeitszeiten. Einerseits werden Schichtsysteme in der Produktion in den Fokus genommen, andererseits die Auswirkungen von gestrafften Bürostrukturen („lean office“) auf die Steuerung von Arbeitszeiten. Zu beiden Fragestellungen läuft eine wissenschaftliche Begleitforschung. Am 16. Juli 2014 lädt der Bezirk anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums zu einer Konferenz zum betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz in die Filderhalle, Leinfelden-Echterdingen.





10 Jahre Pforzheimer Abkommen

2004 haben die Tarifpartner in der Metall- und Elektroindustrie – namentlich **Jörg Hofmann** als Bezirksleiter der IG Metall und sein Gegenüber **Otmar Zwiebelhofer** aufseiten Südwestmetalls – das „Pforzheimer Abkommen“ vereinbart. Es erlaubt Unternehmen in Krisensituationen oder vor besonderen Herausforderungen, zeitlich befristet vom Tarifvertrag abzuweichen. Die Kriterien dafür sind klar definiert. Basis bleibt stets der Flächentarifvertrag, der am Ende wieder uneingeschränkt gelten muss. Ein klarer Nutzen für die Beschäftigten liegt insbesondere im Ausschluss von Kündigungen und entsprechenden Zukunftsinvestitionen, zu denen sich die Arbeitgeber im Gegenzug verpflichten.



Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, sieht im Pforzheimer Abkommen eine Antwort „auf die zunehmend unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen“. Das Abkommen habe die Tarifpartner daher in ihrer Autonomie gestärkt. Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger nannte die Vereinbarung anlässlich des 10-jährigen Jubiläums „einen Meilenstein der Tarifgeschichte“. In einer Zeit, in der Deutschland als ‚kranker Mann Europas‘ gesehen wurde und Tarifverträge als hauptverantwortlich für die Krise galten, sei mit dem Abkommen „die Tarifautonomie erneuert und die Grundlage für moderne, differenzierte Tarifabschlüsse geschaffen worden“.

In Baden-Württemberg wurden in den vergangenen zehn Jahren rund 750 solcher Verträge abgeschlossen, zum Beispiel über die zeitlich befristete Abweichung bei der wöchentlichen Arbeitszeit oder der Auszahlung von Sonderzahlungen und Tariferhöhungen. Etliche Insolvenzen konnten dadurch abgewendet, Zehntausende Arbeitsplätze gerettet werden.

IG Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger lobte an dem Abkommen in einem Interview mit der „Pforzheimer Zeitung“ im April 2014 vor allem das Prinzip der Gegenseitigkeit: „Die wirtschaftlichen Zahlen müssen auf den Tisch. Betriebsrat und Beschäftigte werden eingebunden, um Zukunftsperspektiven auszuloten. Im Zuge dessen wurden bis heute Milliarden in den Erhalt und Ausbau von Standorten baden-württembergischer Unternehmen investiert.“

